

Lizenz zu Töten

von Leonhard Fritze, 25. November 2005

Hei, wie läuft einem doch ein Schauer nach dem anderen den Rücken runter, wenn man die Filmproduktion ‚Lizenz zu Töten‘ anschaut.

Nicht nur im Film, sondern auch in der realen Welt wird lizenziert getötet. Doch da schaudert es kaum jemanden. Die werden schon ihre Gründe haben, wenn sie in einer U-Bahn-Station jemanden hinrichten.

Auch wenn's dann ein Unschuldiger war, schaudert es noch immer keinen: Das ist eben der Preis, den wir für die Terrorbekämpfung bezahlen müssen. Wir? Jean Charles de Menezes bezahlte.

Niemand protestierte. Auch nicht das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

Ganz anders, wenn Israel einen Schuldigen lizenziert tötet. Ebenfalls im Zeichen der Terrorbekämpfung. Dann hagelt es Proteste. Auch vom EDA.

Gegen diese auffällige Einseitigkeit, gegen diese auffällige Bevorzugung bzw. Benachteiligung habe ich mich am 12. November verbal gewehrt in einer eMail ans EDA:

Von: Leo Fritze [fritze@emb.ch]
Gesendet: Samstag, 12. November 2005 00:06
An: 'PA2-Afrika-Naher-Osten@eda.admin.ch'
Betreff: AW: Antwort auf Ihre Nachricht vom 27. Oktober 2005

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Für Ihre Antwort und den Hinweis auf die nunmehr unmissverständliche Botschaft des EDA vom 29. 10. 2005 auf die Äusserung des iranischen Präsidenten bedanke ich mich.

Bitte entschuldigen Sie, dass meine Zeilen zunächst wie eine Überreaktion ausgesehen haben mögen. Bitte lesen Sie auch den Kommentar von Matthias Küntzel zum Thema auf http://www.projekt-j.ch/Ahmadinejads_Gehilfen.pdf

In Zeiten wie diesen, wo immer lauter und immer unverfrorener die Forderung laut wird, Israel - ja jeder Jude - müsse von diesem Planeten verschwinden (auch unter Anwendung der 'nuklearen Endlösung'), ist es besonders wichtig, dass die Regierung gerade eines Landes wie der Schweiz unmissverständlich und unüberhörbar signalisiert, dass Antisemitismus nicht toleriert wird.

Gerade diese Unüberhörbarkeit ist es, die nach Meinung von vielen Beobachtern fehlt oder zu kurz kommt. 'Bern' schweigt möglicherweise zu oft. Zu oft gelingt es den Medien unwidersprochen, Halb- oder Unwahrheiten zu verbreiten. Dass dabei Maschen im RTVG kalkuliert ausgenutzt werden, habe ich

schon früher beleuchtet: http://www.projekt-j.ch/Geburt_einer_Falschmeldung.doc . Weiteres Beispiel: http://www.projekt-j.ch/fliegende_fruechte.htm

Beispielsweise hat alle Welt und auch das EDA die Ermordung von Scheich Yassin verurteilt (siehe untenstehende Meldung: 'Ein solcher Akt, der dem humanitären Völkerrecht, das Exekutionen ohne Urteil der Justiz verbietet, widerspricht,...'). Am 22. Juli 2005 wurde in London in der U-Bahn-Station Stockwell ein Unschuldiger von der Polizei förmlich hingerichtet, gezielt getötet, liquidiert: Jean Charles de Menezes.

Dazu habe ich noch keine Mitteilung des EDA gefunden. Keinen Protest. Falls wirklich keine Meldung dazu verfasst wurde: Warum nicht? Ist Terror gegen Juden mehr oder weniger o.k. - gegen uns andere nicht?

Der normale Bürger schliesst also daraus, dass Israel einen Top-Terroristen nicht töten darf, ohne dafür heftigst kritisiert zu werden - andererseits aber die Londoner Polizei einen Unschuldigen ganz unwidersprochen massakrieren darf.

Judenverfolgung äussert sich nicht immer in aktiven verwerflichen Taten, sondern auch oft - und damit beginnt sie stets - in Unterlassungen, Auslassungen, Schweigen.

Genau dieses 'Schweigen aus Bern' ist es, was sensible Zeitgenossen stört. Ich weise darauf hin, dass in diesem Lande schon sehr viel ideelles Unheil angerichtet worden ist. Durch die Medien - unter den wegschauenden Augen der Regierung. Und durch das scheinbar gezielte Schweigen der Regierung selbst.

Der Boden wird dadurch vorbereitet für ein unheilvolles Klima zulasten der Juden. Wie sehr die Manipulation den Bürger von der Strasse beeinflusst hat, zeigt zBsp. die einfache Tatsache, dass alle von 'besetzten Gebieten' sprechen, dabei aber den tatsächlichen Geschichtsverlauf ausblenden, ja ausblenden müssen, da er nicht thematisiert, nicht vermittelt wird.

Für Ihr Engagement zugunsten der Menschenrechte im Iran danke ich Ihnen und möchte Sie gleichzeitig ermuntern, noch entschlossener aufzutreten gegenüber Unrechtsregimen wie China, Iran usf., auch wenn mit solchen Ländern florierende Wirtschaftsbeziehungen existieren. Unsere Abhängigkeit darf nicht so gross werden, dass wir zum Unrecht schweigen und Recht verschweigen und uns selber preisgeben.

Wer, wenn nicht der Staat, kann Weichen stellen dafür, dass antijudaistischem Klima - auch in der Schweiz - der Boden entzogen wird? Umfragen ergeben, dass Israel als das Hindernis zum Weltfrieden angesehen wird.

Ich bin der festen Meinung, dass hier bedeutender Handlungsbedarf besteht. Unseren Medien ist alles erlaubt - leider sind deren Mitteilungen oft ziemlich einseitig und manipulativ und haben längst schon den Charakter offensichtli-

cher Propaganda. In anderen Fällen geben sie vor allem die Meinung der Wirtschaftsführer wieder, auch wenn deren Zielsetzungen der allgemeinen Wohlfahrt entgegenlaufen

Ich bitte Sie, dass Sie wo immer möglich Ihr Engagement weiter verstärken. Es darf nicht länger Aufgabe des einzelnen Bürgers bleiben, gegen Antijudaismus und andere Ungerechtigkeiten lautstark und vernehmlich zu opponieren.

Für Ihr Verständnis bedanke ich mich bestens und grüsse Sie freundlich

Leonhard Fritze, 8228 Beggingen

http://www.eda.admin.ch/eda/g/home/recent/press/press_old/2004/03.html#0014

22.03.2004: Ermordung von Scheich Ahmad Yassin und Situation in Gaza

Das EDA verurteilt in aller Schärfe die Ermordung heute von Scheich Ahmad Yassin, Mitgliedern seiner Entourage und von Passanten in Gaza. Ein solcher Akt, der dem humanitären Völkerrecht, das Exekutionen ohne Urteil der Justiz verbietet, widerspricht, trägt zur weiteren Verschärfung und Fortsetzung des Teufelskreises der Gewalt bei.

Das EDA beobachtet mit grosser Besorgnis die Entwicklung der Situation in Gaza und den besetzten palästinensischen Gebieten. Es ist höchst beunruhigt über die zivilen Opfer, die die Operationen der israelischen Sicherheitskräfte fordern. Während das EDA deutlich den Terrorismus verurteilt und das Recht der israelischen Regierung anerkennt, die zum Schutz seiner Bevölkerung gegen Selbstmordattentate notwendigen Massnahmen zu ergreifen, ruft das EDA die israelische Regierung dazu auf, die Prinzipien der Angemessenheit und der Unterscheidung stets einzuhalten sowie alle Vorsichtsmassnahmen zu ergreifen, die palästinensische zivile Opfer vermeiden.

Das EDA appelliert an alle betroffenen Parteien, das humanitäre Völkerrecht vollständig anzuwenden und sich aller Handlungen zu enthalten, die die Gewaltspirale weiter alimentieren. Es wiederholt, dass die Wiederaufnahme des Dialogs den einzig akzeptablen Weg darstellt für eine dauerhafte und gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.
